

Die Denknetz-Reformagenda

Seit 2005 sind die verschiedenen Fach- und Arbeitsgruppen des Denknetzes daran, Reformkonzepte zu arbeits-, sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischen Themen zu erarbeiten. Diese Reformvorschläge decken nicht alle gesellschaftlichen Bereiche ab, sie weisen jedoch aufgrund ihrer gemeinsam geteilten gesellschaftlichen Perspektive eine beträchtliche Kohärenz auf. Sie sind deshalb als Gesamtes mehr als die reine Summe ihrer Teile. Im Frühjahr 2011 beschlossen wir, dieses Ensemble an Reformvorschlägen in eine Denknetz-Reformagenda einzubetten. Das Ergebnis war eine Publikation, die wir an dieser Stelle in Auszügen und ergänzt um einige neue Punkte wiedergeben. Wir verstehen die Denknetz-Reformagenda als ›work in progress‹, sie wird laufend weiterentwickelt.¹

1. Warum eine Reformagenda?

Der Reichtum ist heute am falschen Ort

Entgegen der landläufigen, von wirtschaftsliberaler Seite unablässig vorgetragenen Behauptung waren wir in den letzten 30 Jahren nicht mit einem Kapitalmangel, sondern mit wachsenden Kapitalüberschüssen konfrontiert. Deutlich wird dies daran, dass die Profitquoten der EU, Japans und der USA in den letzten 30 Jahren markant gestiegen sind, die Investitionsquoten jedoch gleichzeitig sanken: Die steigenden Gewinne werden nur noch zu einem sinkenden Anteil in die Realwirtschaft investiert. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von einer Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Der gesellschaftliche Reichtum ist heute ›am falschen Ort‹: Er steckt zunehmend in den Finanzmärkten und entwickelt dabei eine destruktiv-spekulative Dynamik.

Hinter diesem Phänomen stecken strukturelle Probleme. Die industrielle Fertigung, die administrativen Tätigkeiten und ein wachsender Teil der Distributionsarbeiten (Transport, Handel) sind zunehmend durchrationalisiert und bieten dem Kapital nur noch beschränkte Investitionsfelder. Dies gilt auch bei globaler Betrachtung: In den aufstrebenden Schwellenländern kommen unmittelbar die modernsten und produktivsten Technologien und Verfahren zum Zug, deshalb sind auch hier die Potenziale für zusätzliche Rationalisierungsinvestitionen begrenzt. Eine Folge dieses hohen Rationalisierungsgrads besteht darin, dass jene Tätigkeiten anteilmässig an Bedeutung gewinnen, die sich gerade nicht oder nur sehr begrenzt rationalisieren lassen, nämlich die personenbezogenen Dienstleistungen wie etwa das Bildungs- oder das Gesundheitswesen. Nun ist aber die Rationalisierbarkeit ein zentrales Moment der kapitalistischen Wirtschaft: Kapital wird gerade dort investiert, wo dank Rationalisierungseffekten Vorteile (Extragewinne) zu erreichen sind. Umgekehrt: In ökonomischen Sektoren, in denen die Produktivität weitgehend konstant bleibt (wo es also keine oder nur bescheidene Rationalisierungspotenziale gibt), führt die Konkurrenz unter den Anbietern zu Preisen, bei denen nur noch geringe oder gar keine Gewinne zu erzielen sind. Man kann »ein Auto schneller produzieren, aber nicht ein Kind rascher aufziehen« (Mascha Madörin). Deshalb »sperrten« sich die personenbezogenen Dienste gegen eine Rationalisierungslogik und damit gegen die Unterordnung unter die Kapitalverwertung. Selbst wenn solche Dienste durchgehend privatisiert werden, sind sie für die klassische Dynamik von Rationalisierungen und den darauf basierenden Profiten nur sehr beschränkt verfügbar. Denn Kosteneinsparungen gehen meist zulasten des Personals und führen unmittelbar zu einem Qualitätsabbau.

Nun könnte man anführen, statt in Rationalisierungen liesse sich doch auch in zusätzliche Kapazitäten und in neue Produkte investieren. Das stimmt natürlich, doch tritt dabei eine andere Form der Begrenzung auf. Seit rund

30 Jahren gehen die Kapitalüberschüsse einher mit einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz. Dadurch geraten die Löhne unter Druck; sie stagnieren oder steigen nicht mehr so schnell wie die Produktivität. In der Folge sinken die Lohnquoten im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung. Die lohnbasierte Kaufkraft kann nicht mit dem wachsenden Output der Wirtschaft Schritt halten. Die LohnbezügerInnen können nicht mehr genügend Produkte kaufen, um diesen Output auch zu konsumieren. Investitionen in die Mengenausweitung der Güterfertigung stossen deshalb an die Grenzen der Nachfrage. Diese Nachfrage-lücke kann auch von den Beschäftigten der aufstrebenden Schwellenländer nicht kompensiert werden, weil auch deren Löhne zu tief sind. Einen Teil dieser Lücke füllt der Luxuskonsum der Reichen und der Superreichen aus, aber eben nur einen Teil. Um die fehlende Nachfrage auszugleichen, wurden deshalb insbesondere in den USA die Konsum- und Hypothekarkredite in bis dato unbekannte Höhen getrieben. Die Subprime-Krise auf dem US-Hypothekenmarkt, die den gegenwärtigen Krisenzyklus im Sommer 2007 eröffnet hatte, machte jedoch die Grenzen einer solchen Politik deutlich.

Das Fazit davon: Die privaten Kapitaleigner sind nicht mehr ausreichend in der Lage, das Räderwerk des Kapitalismus am Laufen zu halten. Dies ist keineswegs ein harmloses Problem, sondern trifft die zentralen gesellschaftlichen Macht- und Verteilkämpfe. Entsprechend hoch sind die Spannungen, die durch das Stocken des Räderwerks ausgelöst werden. Während die Boni und Saläre der Banker rasch wieder Rekordwerte erreicht haben, geraten die Staatsfinanzen infolge der Rettung der Finanzinstitute, der Finanzierung der Konjunkturprogramme und des Rückgangs der Steuereinnahmen in Schieflage. Richtig wäre nun, die Staatsfinanzen mit einer deutlichen Erhöhung der Steuern auf Gewinnen, Vermögen und hohen Einkommen zu sanieren. Stattdessen sollen die Kosten der Krise auf die breiten Bevölkerungsschichten abgewälzt werden, was die Krisendynamik erneut verschärft.

Die hier geschilderte Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion betrifft aber nicht nur den geschrumpften Anteil der Investitionen an der Wirtschaftsleistung, sondern auch den Charakter der verbleibenden Realinvestitionen. Der Druck zur Gewinnoptimierung unter Konkurrenzbedingungen treibt die Unternehmen dazu, Investitionen ohne Rücksicht auf die Folgen für Menschen, Natur und Lebensräume zu tätigen. Zu den Folgen gehören die Plünderung der natürlichen Ressourcen, die Umweltverschmutzung, die Gefährdung des Klimagleichgewichts. Ebenso dazu gehören die enormen materiellen Ungleichheiten in den Lebensbedingungen der Menschen. Diese Ungleichheiten werden durch die Ausrichtung der Investitionen auf kaufkräftige Bevölkerungsschichten aufrechterhalten und vertieft. Mittlerweile werden Unsummen in die Entwicklung und Vermarktung fragwürdiger neuer Produkte investiert, etwa von immer schwereren Autos oder von Medikamenten ohne echten Zusatznutzen. Für die Bekämpfung von Tropenkrankheiten, um ein Beispiel zu nennen, wird hingegen wenig getan – ganz einfach deshalb, weil in den Tropengürteln der Erde viel weniger Kaufkraft versammelt ist als in den gemässigten Zonen. In einer Welt des Überflusses bedingen sich so Hunger und Zerstörung einerseits, entgrenzter Konsumismus einer reichen Minderheit andererseits.

Wegen der Blindheit des Kapitalismus für soziale und ökologische Anliegen müssen sich soziale und politische Bewegungen bilden, die sich den Folgen der Profitmaximierung entgegenstemmen. Ihre entsprechenden Anstrengungen müssen sie immer wieder von neuem unternehmen, denn das Kapital versteht es, sich den sozialen und ökologischen Regulierungen zu entwinden. So verlagert es zum Beispiel die Probleme auf eine globale Ebene, auf der sich Regulierungen wegen der Standortkonkurrenz zwischen den Ländern nur schwer durchsetzen lassen. Zudem stösst es laufend in neue technologische und gesellschaftliche Bereiche vor, womit die Umwelt- und Sozialgesetzgebungen ständig hintertrieben werden.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich der Kern der Denknetz-Reformagenda: Erstens muss der Reichtum aus den Finanzmärkten abgezogen und in die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit verlagert werden. Zweitens müssen die Investitionsentscheide demokratisiert werden. Dies kann zum Beispiel durch Regeln und Gebote, durch verstärkte öffentliche Dienste, durch demokratisch gesteuerte Investitionsfonds und durch demokratische Rechte innerhalb der Firmen erreicht werden.

Abschied von der Schweiz AG

Die bisherigen Überlegungen gelten für alle kapitalistischen Gesellschaften, nicht nur für die Schweiz. Allerdings spielt unser Land auf der internationalen Bühne eine Rolle, die besonders stark auf die Aufrechterhaltung ungerechter und destruktiver Ordnungsprinzipien setzt. Seit rund 30 Jahren verordnen die Eliten unserem Land eine finanzmarktorientierte Strategie. Diese Strategie setzt auf tiefe Steuern für Unternehmen und für reiche Individuen, auf einen radikal marktwirtschaftlichen Kurs, auf optimale Rahmenbedingungen für Privat- und Grossbanken und auf die staatlich sanktionierte Förderung der Steuerhinterziehung mit Hilfe des so genannten Bankgeheimnisses. Letzteres ist zwar in jüngster Vergangenheit in Bedrängnis geraten, was jedoch nicht zu einer strategischen Neupositionierung der Eliten geführt hat. Noch immer wird auf eine parasitäre Politikstrategie gesetzt. Tiefste Steuersätze sollen weiterhin genügend Reiche und Unternehmenshauptsitze anlocken, Angebote zur Steuerhinterziehung sollen so weit als möglich erhalten bleiben.

Von dieser Politik profitieren in erster Linie die Eliten selbst, in zweiter Linie jene gehobenen Mittelschichten, die dem Finanzmarkt zudienen (BankerInnen, VermögensverwalterInnen, RechtsanwältInnen) oder die über genügend Vermögen verfügen, um zu einem erheblichen Teil von Kapitalerträgen leben zu können. Den Preis für diese Politik bezahlen die Bevölkerungen anderer Länder, denen

beträchtliche Steuereinnahmen entgehen. Die Zeche wird jedoch auch in der Schweiz selbst bezahlt. Beispielsweise von den Frauen: In kaum einem anderen Land stehen so wenig öffentliche Mittel zur Unterstützung der Kinderbetreuung zur Verfügung wie hierzulande. So geraten viele Familien in Bedrängnis. Meist ist es die Frau, an der die Belastungen hängen bleiben. Und besonders prekär kann es für Alleinerziehende werden. Die Zeche bezahlen aber auch die MieterInnen, vor allem dann, wenn sie eine neue Wohnung suchen müssen. In den steuergünstigen Kantonen und in den städtischen Agglomerationen sind die Mietpreise derart gestiegen, dass etliche Menschen aus finanziellen Gründen den Kanton wechseln müssen. Und in der Umweltpolitik sieht sich die Schweiz – einst eine Pionierin auf diesem Gebiet – ins hintere Mittelfeld zurückgeworfen. Denn der geforderte ökologische Wandel kann ohne das regulative und finanzielle Engagement der öffentlichen Hand nicht gelingen. Die dafür benötigten Steuermittel werden von den Eliten, die eine Tiefsteuerstrategie betreiben, jedoch konsequent verweigert. Nun gilt es, sich von dieser Strategie zu verabschieden. Sie blockiert zukunftsfähige Politiken.

2. Die Bausteine der Denknetz-Reformagenda

Neuverteilung des Reichtums

Eine der wichtigsten Stossrichtungen für eine solidarische und gerechte Schweiz gilt der notwendigen Neuverteilung des Reichtums. Dieses Ziel lässt sich auf drei Wegen erreichen: Erstens auf dem klassischen Weg einer gerechteren Verteilung des Wirtschaftsprodukts zwischen Löhnen und Gewinnen. Gefordert ist hier insbesondere eine Erhöhung der kleineren und mittleren Löhne. Seit bald zehn Jahren beschäftigt sich das Denknetz mit der Frage von Mindestlöhnen. Im April 2005 und im April 2008 organisierten wir dazu Fachtagungen. Wir waren entscheidend an der Formulierung der Thesen für eine

europäische Mindestlohnpolitik beteiligt, wobei wir mit dem deutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und dem französischen Institut de Recherches Economiques et Sociales (IRES) zusammenarbeiteten. Faire Mindestlöhne, die eine würdige Existenz gewährleisten, müssen in allen Ländern durchgesetzt werden. In Europa ist diese Forderung eine wichtige Gegenstrategie zur herrschenden Austeritäts- und Lohnsenkungspolitik in der Folge der so genannten Euro-Krise. Die Schweizer Gewerkschaften ergriffen deshalb beim Europäischen Gewerkschaftsbund Initiativen für europaweite Mindestlöhne und gegen Lohndumping, um die Thesen von 2006 umzusetzen. Weiter lancierten der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die SPS zu diesem Thema eine eidgenössische Volksinitiative. Ein weiterer Vorschlag stammte von den JungsozialistInnen, die die Schere zwischen den geringsten und den höchsten Löhnen auf ein Verhältnis von 1:12 beschränken wollten und eine entsprechende Volksinitiative einreichten. Das Denknetz unterstützte diese Anliegen mit ihren Arbeiten. Die Themen bleiben auch nach den Abstimmungsniederlagen der beiden Volksinitiativen aktuell. Eine Mehrheit der Stimmenden sprach sich zwar jeweils gegen die konkrete Vorlage aus, aber nicht gegen die damit verbundenen grundsätzlichen Anliegen. Darauf wies auch die deutliche Annahme der Abzocker-Initiative vom März 2013 hin.

Der zweite Weg für eine funktionellere Verteilung des Reichtums ist die deutliche Erhöhung all jener Steuern, die in den letzten zwanzig Jahren ebenso deutlich gesenkt worden sind: Steuern auf Unternehmensgewinne, auf Erbschaften, auf Finanztransaktionen und auf sehr hohe Einkommen. Dazu kommt die steuerliche Erfassung des Mehrwerts bei den Bodenpreisen, der durch öffentliche Planungsentscheide und neu erstellte Infrastrukturen entsteht. Die Denknetz-Fachgruppe Steuerpolitik erarbeitete dazu eine Steueragenda, mit der jährlich 25 Milliarden Franken an neuen Steuereinnahmen generiert werden können. Der fiskalpolitische Spielraum dafür ist in der Schweiz

vorhanden. Zwar drohen die Reichen und die Unternehmen bei jeder noch so kleinen Steuererhöhung gleich mit dem Wegzug. Das sind allerdings leere Drohungen, weil die anderen Standortfaktoren wie Stabilität, hohe Lebensqualität und gute öffentliche Dienste mindestens ebenso wichtig sind wie Steuervorteile – und weil sich angesichts der Krise der Staatsfinanzen und der gewachsenen wirtschaftlichen Labilität auch kaum mehr alternative Standorte finden lassen.

Eine solche Richtungsänderung in der Steuerpolitik stösst bei den privilegierten Eliten auf grundsätzliche Ablehnung. Sie argumentieren, die Linke wolle Reichtum umverteilen, ohne sich darum zu kümmern, dass dieser zuerst verdient werden müsse. Dem ist entgegenzuhalten, dass der Reichtum, bevor er verdient werden kann, zunächst erarbeitet werden muss. Jene, die heute verdienen, sind immer weniger diejenigen, die den Verdienst erarbeiten. Es geht folglich nicht um eine Um-, sondern um eine Rückverteilung.

Der dritte Weg einer Neuverteilung des Reichtums führt über Arbeitszeitverkürzungen. Seit rund 20 Jahren kommt es hier kaum mehr zu Fortschritten, obwohl die Steigerung der Produktivität dies nahelegen würde. Die Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik, Arbeit und Care-Ökonomie präsentierte dazu das Konzept der Erwerbssauszeit. Ihr Vorschlag: Schrittweise soll für alle Erwerbstätigen ein bezahltes Sabbatical von drei Jahren Dauer eingeführt werden. Dieses Sabbatical wird bedingungslos gewährt und kann zu einem beliebig wählbaren Zeitpunkt während des Erwerbslebens bezogen werden; es entspricht einem *bedingungslosen Grundeinkommen auf Zeit für alle*. Bei einer Zunahme der Produktivität von einem Prozent pro Jahr und einer Sabbatical-Entschädigung von 3000 Franken pro Monat würde es lediglich etwas mehr als zwei Jahre dauern, bis ein solches Sabbatical durch die Produktivitätsgewinne finanziert werden könnte. Neue, bedeutende Schritte in Richtung Arbeitszeitverkürzung werden durch transnationale Absprachen und Koordination wesentlich

erleichtert. Die gegenwärtigen Diskussionen um die Erhöhung des Rentenalters oder die Aufhebung der französischen 35-Stunden-Woche zeigen allerdings, dass die meisten europäischen Regierungen nach wie vor auf die Karte der bedingungslosen Wettbewerbsfähigkeit setzen. Deshalb müssen soziale Bewegungen und die Gewerkschaften der Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung wieder Schub verleihen – möglichst auch auf europäischer und globaler Ebene.

Die steuerpolitischen Auseinandersetzungen finden gegenwärtig im bundesrätlichen Projekt der Unternehmensbesteuerung III ihre Zuspitzung. So sehr wir es begrüßen, dass die Sonderkonstrukte abgeschafft werden sollen, mit denen es bislang möglich war, die Steuerpflichten legal zu umgehen, so unverständlich sind die Pläne, die Kosten dieses Verzichts auf die Allgemeinheit abzuwälzen und die Unternehmenssteuern erneut erheblich zu senken. Die Einführung von Lizenzboxen und einer zinsbereinigten Gewinnsteuer² lehnen wir ebenso ab wie die Pläne vieler Kantone, nun einfach die Basis-Unternehmenssteuersätze erheblich zu senken und damit Steuerausfälle in Milliardenhöhe in Kauf zu nehmen. Das Denknetz hat deshalb die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für faire Unternehmensbesteuerung AGFU angeregt, in der Fachleute aus NGO, Parteien und Gewerkschaften nach gemeinsamen Antworten auf dieses Reformvorhaben suchen.

Weiterführende Hinweise:

- *Baumann, Hans; Ringger, Beat (Hrsg.) (2011). Richtig Steuern. Wie mit Steuern jährlich 25 Mia Franken an die Bevölkerung rückverteilt werden können. Ein Denknetz-Buch. Zürich.*
- *Baumann, Hans; Ringger, Beat (2012). Unternehmenssteuern: Schweiz raubt andern Ländern jährlich CHF 29.2 bis 36.5 Milliarden Steuereinnahmen. Denknetz-Working-Paper. http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Unternehmenssteuern_Sept_12.pdf*
- *Baumann, Hans (2014). Unternehmenssteuerreform III: Die Austreibung des Teufels mit dem Belzebub. Denknetz-Jahrbuch 2014*

- *Gurny Ruth; Ringger Beat (2012). Ein bedingungsloses Sabbatical für alle. In Denknetz-Jahrbuch 2012*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Ruth_Gurny_Beat_Ringger_BSA.pdf

Abschied von der parasitären Standortpolitik

Die Frage, wie sich unser Land international positioniert, spielt eine Schlüsselrolle. Solange die Schweizer Eliten mit Erfolg an einem parasitären Modell der ›komparativen Vorteile‹ festhalten, werden sie ihre Tiefsteuerstrategie mit allen Mitteln verteidigen. Damit sind die Entwicklungsperspektiven der Schweiz in all jenen Dimensionen verbaut, die ein verstärktes Engagement der öffentlichen Hand erfordern. Betroffen davon sind die Umweltpolitik ebenso wie die Verstärkung der Care-Dienste oder eine aktive Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig bleibt die Schweiz international auf die Rolle des unsolidarischen Protagonisten der neoliberalen Staatsfeindlichkeit fixiert. Sie ist mitverantwortlich für die Schwierigkeiten anderer Länder, Steuereinnahmen mit sozialen Rückverteilungseffekten zu erzielen, also Unternehmensgewinne, hohe Vermögen und hohe Einkommen fiskalisch angemessen zu belasten.

Mit welcher Vehemenz die Schweizer Eliten den Finanzplatz Schweiz verteidigen, wurde im Winter 2008/2009 deutlich, als die beiden Grossbanken UBS und CS ins Fadenkreuz ausländischer Finanzbehörden gerieten. Die ›Attacken‹ der Regierung Obama und des damaligen deutschen Finanzministers Steinbrück wurden von der Politik und einer Grosszahl der Medien für ein nationalistisches Sperrfeuer genutzt. Wer sich auf die Seite der ausländischen Kritiker stellte, wurde von Seiten der SVP gar als Landesverräter beschimpft. Als Reaktion auf diese Entwicklung hat das Denknetz im November 2009, zusammen mit der Erklärung von Bern und attac Schweiz, das Steuerwende-Manifest lanciert. Es fordert unter anderem, dass die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aufgehoben und ein automatischer Informa-

tionsaustausch mit allen Steuerbehörden demokratischer Rechtsstaaten etabliert werde. Das Manifest wurde mittlerweile von über 6000 Einzelpersonen, von der SPS, der grünen Partei und vielen Gewerkschaften unterzeichnet.

Weiterführende Hinweise:

- *Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2009). Für eine Schweiz ohne Beihilfe zur Steuerhinterziehung. In: Denknetz-Jahrbuch 2009*
<http://www.denknetz.ch/printpdf/215>
- *Manifest Steuerwende: <http://www.steuerwende.ch>*

Wirtschaftsdemokratie konkret

Ein nächstes Thema der Reformagenda ist die Steuerung und Regulierung der Wirtschaft. Oberste Priorität haben hier die Finanzinstitute. Aufgrund des enormen Bedeutungszuwachses der Finanzmärkte haben sie eine Stellung erlangt, in der sie die Gesellschaft in Geiselschaft nehmen können. Sie sind ›too big to fail‹ geworden, zu bedeutsam um fallengelassen zu werden. Die Mainstream-Politik anerkennt diese Problematik und schlägt erste Schritte vor, um die Abhängigkeit von den grossen Finanzinstituten zu verringern. Doch diese Schritte gehen zu wenig weit. Die systemrelevanten Finanzdienste, von deren Funktionieren die gesamte Wirtschaft abhängt (zum Beispiel der Zahlungsverkehr), müssen in einen Service public überführt werden. Das ist der Kerngedanke der Reformvorschläge, die die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie macht.

Ein weiterer Kernpunkt einer anderen Wirtschaftspolitik ist die Orientierung auf die Care-Arbeit, auf die Unterstützung von abhängigen Menschen, Kindern und Pflegebedürftigen. Dazu gehört der deutliche Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung, die als öffentlicher Dienst verstanden werden und allen Personen kostenlos zur Verfügung stehen muss – genau wie die Schulbildung auch. Gut geführte Kindertagesstätten stärken die gleichberechtigte Integration von MigrantInnen und bekämp-

fen die Tendenz, Care-Arbeit auf schlecht bezahlte und prekär beschäftigte Hausangestellte abzuwälzen. Gut ausgebaute Pflegeangebote in Heimen und in der Spitex sichern ein Altern in Würde. Und schliesslich bringen anständige Mindestlöhne und eine deutliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit mehr Zeit für die privat und unentgeltlich erbrachte Care-Arbeit – gleichberechtigt geleistet von Männern und Frauen.

Dafür sind erhöhte Steuereinnahmen unabdingbar. Diese sollen dazu verwendet werden, einen demokratisch gesteuerten Umbau der Wirtschaft in Richtung ökologischer und sozialer Ziele zu finanzieren. Verschiedene Denknetz-Fachgruppen arbeiten an einer entsprechenden Investitionsagenda. Dabei soll insbesondere der Pharmabereich genauer unter die Lupe genommen werden. Angedacht ist unter anderem, dass die Schweiz zu einem Pionierland für Offene Patente und Open-Source-Software wird. Ein mit Steuermitteln geöffneter Investitionsfonds, der von einem demokratisch legitimierten Zukunftsrat verwaltet wird, soll den Aufbau einer neuen Wirtschaft in Angriff nehmen. Die Unternehmen dieser Wirtschaft sind den Zielen der Nachhaltigkeit und der Sozialverträglichkeit lückenlos verpflichtet, kooperieren untereinander und legen ihre Finanzen offen. Sie erhalten im Gegenzug professionelle Unterstützung, Investitionsbeiträge und günstige Kredite.

Weiterführende Hinweise:

- Ringger, Beat (2010). *Die Denknetz-Investitionsagenda – eine Skizze*. In: *Denknetz-Jahrbuch 2010*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz_Investitionsagenda_Beat_Ringger.pdf
- *Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie* (2010). *Zur ›Too big to fail‹-Problematik: Finanzdienste als Service public*. in: *Denknetz-Jahrbuch 2010*
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf

Soziale Sicherheit: Niemand wird fallengelassen

Die Denknetz-Reformagenda befasst sich ausführlich mit einer Neuorientierung der sozialen Sicherheit und der Gestaltung der Arbeitswelt. Die Einrichtungen der sozialen Sicherheit wurden im Verlauf des letzten Jahrhunderts geschaffen, um soziale Probleme zu lösen und allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Der zunehmende Leistungsdruck in der Wirtschaft und die steigende Arbeitslosigkeit haben die Systeme der sozialen Sicherheit in den letzten Jahren verstärkt belastet. So schoben viele Unternehmen leistungsschwächere Angestellte in den 1990er-Jahren systematisch an die Invalidenversicherung IV ab, statt die Beschäftigung solcher ArbeitnehmerInnen als ihre gesellschaftliche Aufgabe zu betrachten. Die politische Rechte hat auf diese Entwicklung reagiert, indem sie die Welt auf den Kopf stellte: Die Lösung des Problems wurde zum Problem umfunktioniert, die Sozialversicherungen wurden als Hängematten-Veranstaltungen bezeichnet und die BezügerInnen der Sozialleistungen pauschal als Schmarotzer diffamiert. Diesen Paradigmawechsel gilt es dringend rückgängig zu machen. Die Maxime, dass niemand im Stich gelassen wird, wenn er in existenzielle Not gerät, sein Einkommen verliert, physischen oder psychischen Schaden erleidet, muss wieder an die erste Stelle der Sozialpolitik gesetzt werden. Der Denknetz-Vorschlag einer Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV verbindet diese Maxime mit einem intelligenten Umbau der sozialen Sicherungssysteme während der Erwerbsphase. Lücken sollen geschlossen und Leistungen auf gutem Niveau vereinheitlicht werden. Da die AEV pfadabhängig konzipiert ist – also auf dem heutigen System aufbaut –, kann sie auch schrittweise eingeführt werden. Ein erster Schritt besteht in der Einführung einer obligatorischen Krankentaggeld-Versicherung, die von der heutigen SUVA getragen wird. Gleichzeitig soll die SUVA ihre Unfallversicherungsdienste in allen Branchen anbieten. Auf diese Weise gelingt es, jährlich mehrere hundert Millionen Franken zu sparen,

die heute ohne jede Gegenleistung in den Schatullen der privaten Sozialversicherungen versickern.

In einem aktuellen Beitrag setzt sich die Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik mit den Angriffen auf die Sozialhilfe auseinander und plädiert für eine grundlegende Reform der Sozialpolitik. Im Zentrum steht die Überzeugung, dass die Menschenrechte ausnahmslos für alle ihre volle Geltung behalten müssen. Die Eigenverantwortung der Einzelnen für ihre Lebensgestaltung muss mit den Gestaltungsmöglichkeiten übereinstimmen, die sie für diese Lebensgestaltung vorfinden. Die Hilfesysteme müssen so strukturiert sein, dass sie eine wirkliche Hilfe für eine eigenständige Lebensführung bieten. Die heutige Sozialhilfe soll durch eine Grundsicherung für alle abgelöst werden, die an keinerlei Forderungen geknüpft werden darf. Parallel soll eine integrierte Lebens- und Karriereunterstützung aufgebaut werden, die sämtliche Integrations- und Beratungsangebote umfasst und darauf ausgelegt ist, die Angebote auf die Situation und die Bedürfnisse der Betroffenen abzustimmen. Dabei ist auf jede Form von Zwangsarbeit zu verzichten und alle Formen von diesbezüglichen Sanktionen sind abzuschaffen. Leute, die in eine berufliche Sackgasse geraten sind und deshalb arbeitslos werden, müssen zudem berufliche Um- und Weiterbildungen absolvieren können, ohne deshalb die Unterstützung der Sozialversicherungen zu verlieren.

Gleichzeitig muss das Übel der Erwerbslosigkeit an der Wurzel gepackt werden. Bereits 2006 erarbeitete eine Denknetz-AutorInnengruppe ein Thesenpapier mit dem Titel ›Gute Arbeit für alle‹. Gute Arbeit wird im Sinne der Internationalen Arbeitsorganisation IAO verstanden, die von ›decent work‹ spricht. Gute Arbeit für alle heisst, dass es die Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist, Arbeit so zu organisieren, dass jeder und jede Erwerbsfähige Zugang zu guter Erwerbsarbeit hat und dass gleichzeitig die Nichterwerbsarbeit von allen mitgetragen wird. Hier schliesst sich der Bogen zur Förderung der Care-Arbeit: In Kindertagesstätten und in Pflegeheimen entstehen neue Arbeits-

stellen, und dank Arbeitszeitverkürzungen finden Männer und Frauen genügend Zeit, um unbezahlte Care-Arbeit in ihrem privaten Umfeld leisten zu können.

Das Thema Arbeit vertieften wir 2013 in einer Buchpublikation mit dem Titel ›Arbeit ohne Knechtschaft‹. Darin wird unter anderem das Thema Decent Work weiter differenziert und es werden 24 konkrete Vorschläge gegen die Verknechtung der Arbeit formuliert. Schliesslich setzen wir uns auch mit dem Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens auseinander. Unter dem Titel ›Ein Grundeinkommen muss die Freiheiten aller stärken‹ artikulieren wir, unter welchen Voraussetzungen in der Umsetzung ein bedingungsloses Grundeinkommen uns voranbringen könnte.

Weiterführende Hinweise:

- Gurny, Ruth; Ringger, Beat (2009). *Die Grosse Reform – die Schaffung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV*. Zürich.
- Chiara, Urs; Domeniconi, Silvia; Gurny, Ruth; Ringger, Beat; Sirmoglu, Avij (2009). *Die Allgemeine Erwerbsversicherung: Das Modell*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/AEV_Das_Modell.pdf
- Gurny, Ruth; Ringger, Beat (2012). *Krankentaggeld-Versicherung: Die Zeit ist überreif für eine obligatorische, öffentlich-rechtliche Lösung!* In: *Denknetz-Jahrbuch 2012*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Gurny.Ringger_Kranke_ntaggeldversicherung_Denknetz_Jahrbuch_2012.pdf
- Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik, *Care-Ökonomie und Arbeit* (2011). *Ein Bedingungsloses Grundeinkommen muss die Freiheit aller stärken.*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Ein_BGE_muss_die_Freiheiten_aller_starcken.pdf
- Gurny, Ruth; Tecklenburg, Ueli (Hrsg) (2013). *Arbeit ohne Knechtschaft*. Zürich.

Gutes Alter

Ein weiteres Thema der sozialen Sicherheit betrifft die Altersvorsorge. Die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie kommt in ihrer Analyse der Alterssicherung zum

Schluss, dass die zweite Säule die sozialen Ungleichheiten verstärkt, wesentlich zur Aufblähung der Finanzmärkte beiträgt und erhebliche Risiken birgt, sobald es zu Erschütterungen auf den Finanzmärkten oder zu einer inflationären Entwicklung kommt. Sie schlägt deshalb vor, den Pfad der Kapitaldeckung schrittweise zu verlassen. Zwar sollen die bereits geäußerten Guthaben der zweiten Säule erhalten und entsprechende Leistungen weiterhin erbracht werden, doch sollen den Pensionskassen keine neuen Mittel zufließen. Diese sind für den Aufbau einer existenzsichernden AHV zu verwenden. Dieser Vorschlag wird nicht zuletzt unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklungen als der bestmögliche beurteilt.

Mit Blick auf die umstrittenen bundesrätlichen Vorschläge für eine umfassende Revision der Altersvorsorge, die unter dem Titel ›Altersvorsorge 2020‹ läuft, entwickelte die Fachgruppe ihre Reformkonzepte weiter. Sie erarbeitet gegenwärtig ein Konzept für die Schaffung einer neuen, solidarisch finanzierten und einheitlichen Betagtenrente ab dem 85. Altersjahr, die von diesem Altersjahr die obligatorische BVG-Rente ablöst und in der Höhe der maximal zu erzielenden obligatorischen BVG-Rente liegt (rund 1700.– Franken). Die Rente soll im Umlageverfahren finanziert und das Kapitaldeckungsverfahren damit auf die Altersperiode bis 85 beschränkt werden. Die Details des Konzeptes werden im Winter 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die aktuellen Arbeiten der Denknetz-Fachgruppe Langzeitpflege und -betreuung zielen auf die Frage, welche Unterstützung die Gesellschaft der stark wachsenden Gruppe der Hochbetagten zukommen lässt. Die Gruppe erarbeitet gegenwärtig ein Denknetz-Pflegermodell mit folgenden Eckwerten: Der Pflegebegriff, der in der Schweiz für die Finanzierung von Pflegediensten angewandt wird, muss dringend um die grundlegenden Betreuungsaufgaben erweitert werden, damit eine menschlich angebrachte Pflege gewährleistet werden kann. Das betreute Wohnen muss neben der Spitex und den Pflegeheimen als wichtiges Standbein ausgebaut und für alle Betagten zugänglich ge-

macht werden. Schliesslich muss die Versorgung der betagten Bevölkerung und der LangzeitpatientInnen auf eine bessere gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Schon seit längerem liegt ein Denknetz-Grundlagenpapier im Bereich der Gesundheitspolitik vor. Dieses Papier hat mitgeholfen, Reformvorschläge wie die Persönliche Gesundheitsstelle PGS anzustossen. Das PGS-Modell wird von verschiedenen Personalverbänden, Patientenorganisationen und Gewerkschaften mitgetragen und schlägt die obligatorische integrierte Versorgung der PatientInnen unter Wahrung der freien Arztwahl vor. Es wird ebenfalls in das Denknetz-Pflegemodell integriert.

Weiterführende Hinweise:

- *Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2009). Sicherung der Altersvorsorge: Modellvorschlag für eine Totalrevision. In: Denknetz Jahrbuch 2009*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Revision_Altersvorsorge_Jahrbuch.pdf

Bildungspolitik

Im Sommer 2010 publizierte die Denknetz-Fachgruppe Bildungspolitik einen Grundlagentext mit dem Titel ›Bildung – zum Glück. Plädoyer für eine Schule der Demokratie‹. Sie spricht sich darin für eine Bildung aus, »die in die Breite geht und alle Grundformen des Wissens und Verstehens umfasst, von den logisch-abstrakten über die naturwissenschaftlich-technischen, historischen und sprachlichen bis hin zur Musik und Kunst und dem handwerklichen Tun. Primär ist dabei nicht die Wissensvermittlung«, vielmehr sollen die Lernenden »mit den grundlegenden Verfahren und Methoden vertraut gemacht werden, mit denen man in den jeweiligen Disziplinen zu schlüssigen Aussagen zu kommen versucht«. »Bildung ist zwar immer auch Mittel, indem sie uns hilft, in dieser Welt bestehen zu können, aber sie ist insbesondere und in erster Linie Wert in sich selbst: indem sie uns dazu befähigt, uns unsere Zwecke selber setzen zu können.« Menschen sind kein Kapital, und Bildung

ist keine Ware. Ausgehend von diesem Bildungsverständnis formulierte die Gruppe 16 Eckwerte für eine Neuorientierung der Bildungspolitik, ohne dem nostalgischen Bild eines humanistischen Bildungsideals ausserhalb von gesellschaftlichen Widersprüchen anzuhängen.

In der Kritik steht insbesondere der konzertierte Versuch internationaler Wirtschaftsorganisationen und Lobby-Verbände, die Staaten und die öffentlichen Bildungsinstitutionen unter Druck zu setzen und ihnen ihre Bildungsziele aufzuzwingen, die vorrangig die Konkurrenz- und Arbeitsmarktfähigkeit der Menschen fördern sollen (Ökonomisierung der Bildung). Unter anderem sind die PISA-Rankings und die Bologna-Reformen zu erwähnen. Dabei muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass diese Bologna-Reformen in der Schweiz ohne demokratische Legitimation eingeführt wurden.

Lernende, BürgerInnen, LehrerInnen und nicht zuletzt Eltern sind aufgerufen, ihre demokratische Mitsprache einzufordern und sich »für eine Bildung der Demokratie« einzusetzen. In der Schule müssen Kinder nicht nur Mathematik und Sprachkompetenzen erwerben, sondern ebenso Gemeinschaftssinn und Selbstbewusstsein entwickeln. Zur Berufsbildung gehört neben dem Erwerb fachlicher Qualifikationen auch das Bewusstsein um die eigene soziale und ökologische Verantwortung und das eigenständige, kritische Denken – unverzichtbare Voraussetzungen für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft.

Weiterführende Hinweise:

- *Denknetz-Fachgruppe Bildung (2010). Bildung – zum Glück! Plädoyer für eine Schule der Demokratie. In: Denknetz-Jahrbuch 2010*
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/Bildung_zum_Glück.pdf
- *Verfetzter Lehrplan 21 (Januar 2014)*
Memorandum der Denknetz-Fachgruppe Bildungspolitik
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/LP21_Memorandum.pdf

3. An der Schwelle zu einer zukunftsfähigen Gesellschaftsordnung

Wir befinden uns an einer gesellschaftspolitischen Schwelle. Diesseits der Schwelle befindet sich eine Gesellschaft, die auf das Erzielen von Gewinnen und auf das Vermarkten von Gütern ausgerichtet ist. Jenseits der Schwelle befindet sich eine Gesellschaft, in der die Dienste am Menschen und die Sorgfalt im Umgang mit der Natur im Zentrum stehen. Der Schritt über diese Schwelle ist eine Notwendigkeit, weil die alte Ordnung immer mehr Schäden verursacht. Dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt wird das Bonmot zugeschrieben, die Gewinne von Heute seien die Investitionen von Morgen und die Arbeitsplätze von Übermorgen. In Abwandlung dieses Bonmots muss es heute heissen: Die Finanzmarkt-Gewinne von heute Morgen sind die Spekulationsblasen von heute Mittag und die Wirtschaftskrisen von heute Abend. Doch statt diesem Umstand Rechnung zu tragen, besteht die aktuell vorherrschende Politik darauf, dem schlechten Geld (das heisst jenem auf den Finanzmärkten) gutes Geld aus Steuermitteln nachzuwerfen. Dort jedoch, wo die Gelder dringend benötigt werden, fehlen sie: für die Stärkung der Care-Arbeit, für den ökosozialen Umbau, für öffentliche Dienste, für die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten.

Der Schritt über diese Schwelle ist eine Voraussetzung, um die Armut in der Welt beseitigen zu können, ohne die Lebensräume zu zerstören. Die Bevölkerungen in den armen Ländern brauchen ausreichend Güter des täglichen Bedarfs, öffentliche Dienste und Infrastrukturen. Umweltschonende Technologien, die optimale Wiederverwendbarkeit der Materialien, Mobilitätskonzepte jenseits des Autowahns und ein Wirtschaften, das nicht auf maximale kurzfristige Rendite ausgerichtet ist sorgen dafür, dass die umweltbelastenden Entwicklungen des 20. Jahrhunderts in den Ländern des Südens nicht wiederholt werden.

Der Schritt über diese Schwelle ist nötig, um die Care-Arbeit von ihren Fesseln zu befreien. Die private Care-Ar-

beit – die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen, die Sorge für persönliche Bindungen und Beziehungen – leidet darunter, dass sie in einer gewinnorientierten Gesellschaft ökonomisch gering geschätzt wird. Sie ist von grossen Ungleichheiten geprägt, die von einer Generation auf die nächste übertragen werden. Die öffentliche Care-Arbeit im Gesundheitswesen, in Kindertagesstätten und in anderen sozialen Einrichtungen wird unter Spardruck gesetzt, weil sie scheinbar nur Kosten verursacht, statt rentabel zu sein. Doch gerade in der Förderung und Weiterentwicklung der Care-Arbeit liegt heute das entscheidende Potenzial für eine nachhaltige Mehrung des gesellschaftlichen Wohlstandes.

Die industrielle Fertigung ist heute hoch rationalisiert, industrielle Produkte können in immer kürzerer Zeit hergestellt werden. Die so frei werdenden Ressourcen müssen der Care-Ökonomie, der Bildung, der Kulturförderung, dem Umweltschutz und der nachholenden Entwicklung der armen Länder zugute kommen. Doch gerade an diesen Verlagerungen ist das Kapital nur sehr beschränkt interessiert. Dies führt zu einer grundlegenden Paradoxie: Die globalisierte Ökonomie wird zwar immer reicher und produktiver, doch dabei nimmt die soziale Ungleichheit zu. Es fehlen scheinbar die Mittel, um die grosse Mehrheit der Menschen wohlhabender und freier zu machen. Deshalb müssen die finanziellen Ressourcen von den Finanzmärkten abgezogen und für den Aufbau einer Care-Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen die Demokratisierung der Wirtschaft statt die Vermarktung der Politik, die Regulierung der Finanzmärkte statt das Diktat der Grossbanken. Wir brauchen eine Politik, die uns über die Schwelle zu einer Gesellschaft der Sorge und der Umsicht, zu einer Care-Gesellschaft führt.

An dieser Schwelle stellen sich viele Herausforderungen und eine zentrale Frage: Wie können jene gesellschaftlichen und politischen Kräfte gestärkt werden, die dafür sorgen, dass wir die Schwelle überwinden? Wie können

Menschen davon überzeugt werden, die gesellschaftlichen Verhältnisse neu einzurichten, statt das Heil in der Ablehnung der Fremden und der anderen zu suchen? Welche Spielräume für fortschrittliche Lösungen finden sich innerhalb nationaler Grenzen, und wie steht es um das Wechselverhältnis von nationalen Politiken und internationalen Entwicklungen? Diese Fragen werden im Denknetz regelmässig reflektiert – im Bewusstsein, dass keine abschliessenden Antworten auf der theoretischen Ebene gefunden werden können. Diese Fragen müssen vielmehr im Zusammenspiel mit der politischen Praxis angegangen werden. Auch wenn das Denknetz seine Unabhängigkeit nur bewahren kann, wenn es selbst nicht als politischer Akteur auftritt, so ist auch für uns letztlich die politische Praxis von zentraler Bedeutung.

Fussnoten

- 1 Die Beiträge in der vorliegenden Publikation zur Personenfreizügigkeit und zu Fragen der Wachstumspolitik sind ebenfalls in diesem Rahmen zu sehen.
- 2 Zinsbereinigte Gewinnsteuer bedeutet, dass von Teilen des Eigenkapitals ein fiktiver Zins ermittelt wird und von den Gewinnen in Abzug gebracht werden kann. Begründet wird dies damit, bei der Aufnahme von Fremdkapital könne man die Zinskosten vom Gewinn abziehen, deshalb müsse dies auch beim Eigenkapital möglich sein.